

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser kam am Dienstag von Preßlau nach Danzig-Langfuhr, nahm im Offizierskasino das Frühstück ein, besichtigte darauf die kaiserl. Werft und setzte dann seine Reise nach Potsdam fort.

* Der Kaiser soll einen weiteren Besuch Cabiniens mit der Kaiserin noch in diesem Jahre in Aussicht gestellt haben.

* Angesichts der Wiesbadener Zusammenkunft der Königin Marie von Hannover mit dem Prinz-Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrecht von Preußen, verzeichnen die Berl. Neuesten Nachr. das „Gerücht“, daß die Vermählung des Prinzen Friedrich Heinrich (des ältesten, am 15. Juli 1874 zu Hannover geborenen Sohnes des Prinzen Albrecht) mit der Prinzessin Marie Luise von Cumberland, geb. 11. Oktober 1879, im Werke sei.

* Auf den Karolinen hat die deutsche Regierung nach Washingtoner Meldung der Londoner „Morningpost“ den Ver. Staaten eine Deklaration gegen Abtretung einer Kolonisation auf den Philippinen angeboten.

* Am Dienstag haben nach Beendigung ihrer Pfingstferien der Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus ihre Arbeiten wieder aufgenommen.

* Wie man vernimmt, dürfte der Reichstag nach Erledigung der Invalidentätsgesetzvorlage sowie nach jener betreffend die Erwerbung der Karolinen vertagt werden. Andere Dispositionen scheinen hinsichtlich der Sessionsdauer des preussischen Landtages zu bestehen. In maßgebenden Kreisen hofft man, die Tagung des Abgeordnetenhauses bis Ende Juli erstrecken zu können, um die auf das Bürgerliche Gesetzbuch bezüglichen Justizgesetze unter Dach zu bringen.

* Die Denkschrift zur weiteren Begründung des Gesetzesentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses soll dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen. Es ist ein ziemlich umfangreiches Manuskript von über 100 Seiten und bringt nähere Mitteilungen über den Umfang und die Art der Ausschreitungen bei den Arbeitskämpfen der letzten Jahre auf Grund der in sämtlichen Bundesstaaten vorgenommenen Erhebungen.

* Eine im Koburg-gothaischen Landtag eingebrachte Interpellation des Abg. Heusinger fordert sofortige Auskunft über die gegenwärtige Sachlage in der Thronfolgefrage.

Frankreich.

* In der Kammereröffnung am Montag ging es äußerst stürmisch zu. Gelegentlich der Besprechung der Vorgänge in Auteuil beschimpften die Nationalisten den Präsidenten Loubet und nannten ihn einen „Panamist“. Infolgedessen wurde über den konservativen Abg. Largentain die Zensur (Ausschließung) verfügt. Er verließ erst nach Androhung von Gewalt den Saal. Sodann wurde mit 400 gegen 40 Stimmen eine Sympathie-Adresse an Loubet angenommen.

* Die Regierung tritt den Nationalisten gegenüber fest und energisch auf. Sie hat alle Freilassungsgesuche für die am Sonntag in Auteuil beim Kravall Verhafteten abgelehnt. Die Erhebung der Anklage gegen Mercier, Gonse und Boisdeffre steht nunmehr fest. Die bisher eingeleiteten Prozesse werden die weitere Handhabung zum Vorgehen gegen alle im Dreifus-Handel beteiligten Personen bieten. In allen vornehmen Klubs wurden Haus-suchungen abgehalten, die meisten dieser Klubs geschlossen.

* Man scheint einigen Truppenteilen nicht recht zu trauen, wie aus folgender Meldung hervorgeht: Die zehnte Brigade von Orleans kommt in wenigen Tagen nach Paris zur Ersetzung der Rogetschen Brigade.

Italien.

* König Humbert hat am Sonntag eine

Amnestie erlassen. Es wurden alle Gefangenen, die wegen revolutionärer Thaten im Mai v. verurteilt worden waren, in Freiheit gesetzt. Die Gnade kommt aber nicht jenen zu gute, die nach dem Auslande geflohen sind. Trotz der Befreiung bleibt aber doch immer für die Befreiten der Verlust der politischen Rechte bestehen. Deshalb zeigen sich die extremen Parteien mit diesem Dekret nicht völlig zufrieden; sie fahren fort, den Kampf gegen die Regierung zu predigen und fühlen keine Dankbarkeit für die Begnadigung aller revolutionären Führer, wie Turati, Deandrea, Romussi und Chiesi.

Holland.

* Von der Friedenskonferenz im Haag, deren Beratungen geheim gehalten werden sollen, hört man mehr als genug, um das Endergebnis bald eintreten zu sehen. Die kleinen Staaten wollen sich gewissen Bedingungen nicht fügen, die für große durchführbar wären, und auch große Staaten verlangen bedeutende Rücksichten. In erster Reihe England. Wie die Times' erklärt haben, daß England auf die Dum-Dum-Geschosse nicht verzichten könne, da es Kriege zu führen habe, die nicht unter demselben Gesichtspunkte wie andere beurteilt werden dürften, so äußert sich fast die gesamte englische Presse. Sehr offen und rücksichtslos erklärt der Standard: „Mit allem möglichen Respekt vor der ersten Kommission der Friedenskonferenz fürchten wir, daß es doch ohne die Dum-Dum-Geschosse nicht gehen wird. Mit 18 gegen 3 Stimmen hat die Kommission ihr Veto gegen die Verwendung derselben eingelegt, aber wir möchten die Afriki, Zirkas und den Kalisa vor voreiligen Begünstigungen warnen. Die Konferenz ist kein Kongress, und darin liegt der Unterschied. Wir können nicht gegen unseren Willen durch eine, wenn auch noch so starke Majorität gezwungen werden, einen Schritt zu thun, der unseren Interessen schadet.“

Spanien.

* Der Generalkonsul hat nunmehr auf die vor einigen Wochen ihm vom Justizminister unterbreitete Frage erklärt, es sei Anlaß vorhanden, die gerichtliche Untersuchung einzuleiten bezüglich der schlechten Behandlung, die die Gefangenen in Montjuich ausgesetzt waren. (Was hier „schlechte Behandlung“ genannt wird, war bekanntlich die grausamste Folterung.)

Rußland.

* Schlag auf Schlag folgen sich die Maßregeln gegen das Deutschtum in den Ostseeprovinzen. So hat der Kurator des Mga'schen Lehrbezirks auf der letzten Konferenz der Volksschulinspektoren mitgeteilt, daß die Erteilung von Unterricht in nicht obligatorischen Lehrfächern an Schülern der Gemeindeschulen verboten werden soll, weil dadurch die Kinder in unnützer Weise belastet würden und eine Verminderung der Leistungen in der Schule die Folge sei. (!) Während der lettische und esthnische Sprachunterricht in den Lehrplan aufgenommen ist, hat man schon vor Jahren den deutschen Sprachunterricht als nur fakultativen Gegenstand zugelassen. Die Folge der erwähnten Anordnung ist also, daß in Zukunft an allen baltischen Gemeindeschulen der deutsche Sprachunterricht vollständig ausgeschlossen ist. Das ist eine der härtesten Maßregeln, die gegen das Deutschtum in den Ostseeprovinzen erlassen werden können.

Afrika.

* Präsident Krüger und General-Gouverneur Miller haben ihre Unterhandlungen in Bloemfontein beendet. Ueber den Inhalt wird nichts verraten.

Asien.

* Die Deutsch-asiatische Warte' berichtet von einem Kampf eines deutschen Postenganges mit aufrehrerischen Chinesen, von denen drei getötet wurden.

* Die Regierung in Washington hat beschlossen, die Feindseligkeiten auf den Philippinen während der Regenzeit einzustellen.

* Nach einer Depesche aus Manila hat

General Rios mit dem Rest der spanischen Truppen den Hafen verlassen und die Reise nach Spanien angetreten.

* Japan faßt die „Abrüstung“ in folgender Weise auf: Die Flotte soll wesentlich verstärkt und das Landheer auf 300 000 Mann gebracht werden, wobei eine Verstärkung der Artillerie in großem Maßstabe erfolgen soll. Ferner werden alle strategischen Punkte an den Küsten stark und nach neuestem System besetzt. Es geht aus allen diesen Maßnahmen hervor, daß Japan sich auf eine wichtige Rolle im weiteren Verlauf der chinesischen Frage vorbereitet, ein Verhalten, das schon jetzt in London und in Petersburg ernste Beachtung findet.

Deutscher Reichstag.

Am 6. d. erhält vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort

Staatssekretär v. Bülow: Ich habe das Wort erbeten, um dem hohen Hause mitzuteilen, daß Deutschland mit Spanien einen Staatsvertrag abgeschlossen hat über die Abtretung der Karolinen-, Palau- und Marianen-Inseln zur Ausgestaltung seines Besitzes in der Südsee. Im Hinblick auf die gewichtigen Interessen, die wir in der Südsee haben, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, dafür zu sorgen, daß diese Inseln im Falle eines Besitzwechsels nicht Deutschland verloren gehen. — Das mit Spanien getroffene Abkommen setzt fest, daß die genannten drei Inselgruppen gegen eine Entschädigung von 25 Mill. Pesetas an Deutschland abgetreten werden, während Spanien auf jeder derselben ein Kriegs- und Kohlendepot verbleiben soll. Die beiden Staaten haben sich handelspolitisch Gleichberechtigung zugesprochen. Das Abkommen soll so bald wie möglich der verfassungsmäßigen Zustimmung der Parlamente unterbreitet und sodann ratifiziert werden. Sobald die spanischen Cortes den Verkauf der Inseln genehmigt haben werden, werden wir dem hohen Hause die erforderliche Vorlage unterbreiten, und es wird dann dem hohen Hause Gelegenheit zur vollen Prüfung der Angelegenheit geboten sein. Mit Rücksicht darauf aber, daß das Abkommen zur Zeit noch den spanischen Cortes vorliegt, würde die kaiserliche Regierung es mit Dank anerkennen, wenn das hohe Haus zur Zeit von einer weiteren Besprechung Abstand nehmen wollte.

Darauf tritt das Haus in die erste Beratung des Nachtragssetats für 1899.

Abg. Oriola (nat.-lib.) bedauert, daß die Dotation für das Archäologische Institut in Rom um 10 000 Mk. gekürzt worden, daß die an die Gebrüder Denhardt für den Schaden, den dieselben in Wien erlitten haben, zu zahlende Entschädigung nur auf 100 000 Mk. bemessen werden solle. Damit könne man das gefährdete Haus nicht retten. Bei der Marine handle es sich um wesentlichen um die Neu-Organisation der oberen Marine-Verhöre. Seine Freunde hätten gewünscht, daß diese Veränderung in einer ausführlichen Denkschrift begründet worden wäre. Er beantrage, den Nachtragssetat an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Lieber (Zentr.) schließt sich dem Antrag auf Verweisung an die Budgetkommission an. Redner bemängelt die Einbringung von Nachtragssetats im Prinzip. Auf den Erwerb der drei Inselgruppen einzugehen, verlege er sich nach der Erklärung des Staatssekretärs aus vaterländischen Rücksichten. Die von Vorredner bereits gerügte Kürzung der Dotation für das Archäologische Institut bedauere auch er. Diefelbe dürfe jedenfalls nicht dauernd sein.

Abg. Bebel (soz.) weist darauf hin, daß auch diesmal für Afrika ein Betrag von 50 000 Mk. zur Verringerung der Hungersnot gefordert werde. Das könne gerade nicht verlockend wirken im Sinne einer Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes. Eine solche sei ja soeben in der Südsee vollzogen worden, und wenn auch der Staatssekretär gebeten habe, aus Gründen der Kontinuität nicht auf diese Erwerbung einzugehen, so könne er sich doch nicht verlagen, auf die unverhältnismäßige Höhe der Erwerbungs-kosten hinzuweisen. Jeder der Bewohner jener Südpazifik-Inseln würde danach auf 340 Mk. zu stehen kommen. Eine Vorlage, die die gleiche Summe von rund 17 Millionen Mark zur Bekämpfung der Lungen-Tuberkulose forderte, würde jedenfalls mit größerem Beifall aufgenommen werden. Man motiviere die Ausdehnung des Kolonialbesitzes mit den Handelsinteressen. Der Aufschwung des Handels sei aber nur dadurch möglich, daß die deutschen Arbeiter zum großen Teil zu Hungerlöhnen arbeiten

müssen. Zum Dank dafür bedenke man jetzt die Arbeiter mit einer Vorlage (Schutz der Arbeitswilligen), die er das ärgste Atterat auf die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Arbeiter nennen müsse.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wie Abg. Bebel die Kolonialforderungen mit den Löhnen in der Industrie zusammenbringt, ist mir unverständlich geblieben. Was die von ihm erwähnte Vorlage betrifft, so teile ich selbstverständlich die Auffassung des Abg. Bebel in keiner Weise. Ich beurteile die ganze Frage ruhiger und ich kann wohl sagen, von einer höheren Leiter aus. Ich habe das dringendste Interesse daran, daß zunächst die Denkschrift vom deutschen Publikum studiert wird. Ich fürchte aber nicht, daß die Vorlage in den breitesten Schichten der Bevölkerung zum Gegenstand der Kritik gemacht wird, weil wir überzeugt sind, daß wir mit derselben nur Auswüchse des Koalitionsrechts treffen wollen, die kein Kulturstaat dulden kann.

Abg. Graf Stolberg (konf.) stimmt der Verweisung des Nachtragssetats an die Budgetkommission zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gebrüder Denhardt mit diesen 100 000 Mk. nicht endgültig abgefunden werden sollen.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (freil.) fragt an, wie weit die Verhandlungen über die Einschränkung der Branntweinpest in Afrika gebieten seien.

Unterstaatssekretär Fehr. v. Richthofen erwidert, die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz über diesen Gegenstand würden demnächst zum Abschluß kommen.

Abg. Richter (fr. Sp.) will auf die Zucht-hausvorlage nicht eingehen. Seine Freunde würden derselben jedenfalls nicht zustimmen. Auch auf den Erwerb der neuen Kolonien wolle er nicht eingehen. Der Staatssekretär brauche allerdings wohl nicht zu fürchten, daß die spanischen Cortes aus einer Debatte im deutschen Reichstage Anlaß herleiten könnten, den Kaufpreis noch zu erhöhen. Er stelle jedenfalls fest, daß die Rede des Staatssekretärs v. Bülow nicht auf allen Seiten des Hauses mit Beifall aufgenommen worden sei.

Abg. Werner (Antif.) bemängelt die Seriosität der den Gebrüder Denhardt zugewilligten Abfindung.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) verweist darauf, daß den Gebrüder Denhardt ein Rechtsanspruch nicht zur Seite steht, sonst hätten sie ihn wohl verfolgt. Der Reichstag habe in der angenommenen Resolution selbst nur eine Entschädigung aus Willkürgründen verlangt. Da könne man doch jetzt diese 100 000 Mark nicht als ein Trinkgeld bezeichnen.

Abg. Bebel hält den Gebrüder Denhardt gegenüber nicht nur Willkür, sondern einen wirklichen Rechtsanspruch für vorliegend. Da müsse die Entschädigung auch ausreichend bemessen sein. Dem Staatssekretär Grafen Posadowsky erwidere er, daß bisher noch kein Kulturstaat es gewagt habe, seiner Bevölkerung ein solches Gesetz zu bieten. Der Nachtrags-Stat wird darauf an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Reichsschuldenerordn.

Reichsfinanzminister Fehr. v. Thielen verweist darauf, daß das Reichsschuldenwesen jetzt durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen geregelt werde. Durch eine solche Zersplitterung werde die Uebersichtlichkeit beeinträchtigt. Der Entwurf erbreite daher die Zusammenfassung jener Bestimmungen zu einem einheitlichen Gesetze. Er bitte um Annahme desselben.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) ist im wesentlichen mit der Vorlage einverstanden und beantragt Verweisung derselben an die Budgetkommission.

Abg. Richter hält eine einheitliche gesetzliche Regelung zwar für erwünscht, ist aber zweifelhaft, ob es nötig sei, dieses Gesetz noch jetzt zu verabschieden.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die Vorlage betr. die Veretzung richterlicher Beamten in den Ruhestand nach längerer Debatte einer besonderen Kommission überwiesen. Der Justizminister teilte mit, daß nach einer Umfrage zwei Drittel sämtlicher in Betracht kommenden Richter (über fünf- undsechzig Jahre alt) sich bereit erklärt hätten, unter den in der Vorlage enthaltenen Bedingungen ihre Veretzung in den Ruhestand nachzugehen.

Von Nah und Fern.

Stettin. Die Einführung einer Fahrradsteuer, die vom hiesigen Magistrat geplant war, ist an dem Widerstand der Stadtverordneten-Versammlung gescheitert, die die Magistrats-Vorlage nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit ablehnte.

Der Polizei verfallen.

7) Erzählung von Philipp Salen. (Fortsetzung.)

„Da nahmen wir denn mit fast thränenden Augen Abschied von dem guten Mann und dankten ihm aus überströmendem Herzen für seine uns so vielfach bewiesene Güte. Nachdem er uns nun noch einmal die Hände geschüttelt, verließ er uns rasch und sichtbar gerührt, wir aber packten unsere erdärmlichen Habseligkeiten so schnell wie möglich in zwei Bündel und traten hastig, wie mit Flügeln begabt, aus der Thür, die unser guter Schließer uns schon mit freudigem Gesichte weit geöffnet hatte.

Gleich darauf stürzten wir wie besessen die Treppe hinab, drückten uns auf der Straße noch einmal die Hand, und ich — sprang in die erste beste Droschke, um meinen Weg sofort zu dir zu nehmen, lieber Wilh.

Und hier bin ich und hoffe, daß du mir alsbald mit etwas Geld unter die Arme greifen wirst, damit ich mir schon morgen neue Wäsche und einen Rock kaufen kann, um bald nach meiner Heimat und zu meinem alten Vater abreisen zu können. Bis ich aber das kann, mußt du mir auch Quartier geben, und sollte deine Wohlthat dir kein zweites Bett für die paar Nächte ausschlagen können, so schlafe ich hier auf dem Sofa und dede mich mit dem Schlafrock zu, den du unbescholtener Staatsbürger da auf deinem Leibe trägst.

Und das ist alles, was ich für jetzt sagen kann und will, und damit Punktum. Finis coronat opus. Amert.“

Wir zwei Studenten der Medizin, die wir uns noch kurz vorher mit den trockenen Knochen längst verstorbenen Menschen so eifrig beschäftigt, hatten der lebensfrischen Erzählung des so talentvollen jungen Mannes, von dem wir damals nicht ahnten, daß er schon in drei Jahren als weitberühmter Sänger die ganze theatrale Welt mit seiner herrlichen Tenorstimme entzücken würde, mit der größten Aufmerksamkeit und Spannung zugehört, und als er nun damit fertig war, blieben wir eine Weile stumm und in uns versunken vor ihm sitzen und starrten ihn wie eine Art modernen Wunder-tieres an, das schon viel mehr vom Leben gesehen und erfahren als wir, und von dem wir nicht wußten, ob wir ihn ob seines merkwürdigen, so früh über ihn hereingebrochenen Schicksals mehr bewundern oder bedauern sollten.

Indes sammelten wir bald unsere aufgeregten Lebensgeister wieder und sprachen ihm mit warmen Worten unsere ganze Teilnahme und unseren Glückwunsch über seine endliche Befreiung aus so langer Kerkerhaft aus.

Natürlich war mein Freund Wilhelm, der sich eines bedeutenden Wechsel seitens seines wohlhabenden Vaters erfreute, sofort bereit, dem alten Schulfreunde und Better mit seinen Mitteln beizuspringen.

Nur diesen einen Sonntag-Nachmittag und Abend blieben wir ruhig und gemütlich in Wilhelms Zimmer sitzen und besprachen noch einmal weilsüßig alles, was wir soeben vernommen, und wie es zu bemerken schien, daß der von allen Mitteln Entblößte sich bald wieder in einer sauberen Gestalt der Welt zeigen und

dann, innerlich aufs höchste über seine Freilassung beglückt, in seine Heimat zurückkehren könne.

Auch fand er ein bequemes Nachtlager bei unserem guten Wilhelm; dem des letzteren Wirtn, bei der schon jahrelang Studenten gewohnt, hatte sich sofort willig gezeigt, Betten für das hinreichend lange Sofa zu liefern.

Schon am nächsten Tage, als ich auf eine halbe Stunde bei Wilhelm vorsprach, erfuhr ich, daß die nötige Wäsche bereits gekauft sei und die übrige erforderliche Kleidung in wenigen Tagen von einem flinken Schneider geliefert werden würde.

Aber erst vier Tage nach seiner Freilassung war er völlig neu damit ausgestattet, und dann reiste er, von uns beiden an den Postwagen begleitet, nach seiner Heimat ab, nachdem er versprochen, uns bald Nachricht von seiner Ankunft dafelbst und von der Art und Weise seines Empfanges von seinen Vaters zu geben.

Auch hielt er darin Wort; denn schon nach vierzehn Tagen, nachdem auch wir etwas ganz Neues und Unerwartetes erlebt, was ich auf den folgenden Seiten zu schildern haben werde, langte ein umfangreicher Brief an Wilhelm an, und wir erfuhren daraus, daß Adalbert N. von seinem lieben Vater liebreich aufgenommen sei und dieser sich bereit erklärt habe, von seinem bisherigen Wunsch, seinen Sohn demaleinst als Geistlichen auf der Kanzel zu sehen, Abstand zu nehmen und zuzugeben, daß er seinem Kunstbram folgen, seine Stimme auszubilden und seinem künftigen Berufe als Theateränger nachgehen könne.

Indessen hatte die eben berichtete Begegnung mit dem unschuldigen Demagogen und die Erzählung seiner Erlebnisse im Gefängnis einen tiefen Eindruck auf uns gemacht, und oft genug besprachen wir, da wir uns fast täglich sahen, was wir von ihm vernommen, und wie gefährlich es doch sei, sich einer Burschenschaft anzuschließen und durch sie in die politischen Händel der Gegenwart verwickelt zu werden.

Wir beide waren nicht weniger als politische Kammergänger, ja wir hatten bis dahin keine Ahnung von der Tragweite derartiger Bestrebungen, wie wir sie jetzt kennen gelernt, gehabt. Was mich betrifft, so war ich, trotzdem ich alle Tage eine Zeitung las, ziemlich unbekannt mit dem politischen Treiben der damaligen studentischen Jugend, und als Cleve des Friedrich-Wilhelm-Instituts hätte ich ja auch gar nicht daran denken dürfen, selbst wenn ich Neigung dazu gehabt, mich einer unerlaubten Verbindung anzuschließen.

Jetzt aber, nachdem wir die sommerschöne Ueberzeugung erlangt, wohin ein solches Geselste führen könne, hatten wir erst recht einen uns die Haut schäudern machenden Respekt davor bekommen, und wenn wir auf der Straße oder auf Spaziergängen im Tiergarten einem Gen darm oder Polizeimann begegneten, sprachen wir im stillen ein banges Apago Satanas! denn wir hatten eine heillose Angst, daß dieselben mit ihren feinen Spürnasen auch in uns, da wir Studenten seien, heimliche Anhänger der staatsfeindlichen Umsturzpartei wittern könnten.

So vergingen uns acht oder zehn Tage in äußerer Ruhe, aber unsere innere Aufregung